



Midas

ist die Europäische Vereinigung von Tageszeitungen in Minderheiten- und Regionalsprachen (www.midas-press.org). Sie vertritt derzeit 12 europäische Sprachgemeinschaften und 28 Tageszeitungen. Midas vergibt

bei der alljährlichen Generalversammlung Auszeichnungen an Journalisten von Mehrheitsmedien (Otto-von-Habsburg-Preis) und von Minderheiten-Tageszeitungen (Midas-Preis).

HABSBURG-PREIS

2 Preisträger von dies- und jenseits der Grenze

Der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag (SHZ) gibt 22 Tageszeitungen und eine Sonntagszeitung mit einer täglichen verkauften Auflage von 182.000 Exemplaren heraus. Darunter ist das „Flensburger Tageblatt“, das deutsche Pendant zum dänischen „Flensborg Avis“. „Jyske Vestkysten“ entstand 1991 aus der Zusammenlegung zweier Zeitungen und hat eine Auflage von 68.500 Exemplaren. „Der Nord-schleswiger“, die Zeitung der deutschen Minderheit in Dänemark, hat ihren Sitz in Apenrade/Aabenraa (Auflage 2230 Exemplare).

MIDAS-PREIS

Gabriel Toggenburg

Studium der Rechtswissenschaften in Krems, Innsbruck und Florenz. Bis 2008 an der Eurac in Bozen, seit 2009 Forscher an der neugegründeten Europäischen Agentur für Grundrechte in Wien. Honorarprofessor an der Universität Graz. Toggenburg schreibt neben zahlreichen Aufsätzen in einflussreichen wissenschaftlichen Zeitschriften regelmäßig unter der Rubrik „Europa-Splitter“ in den „Dolomiten“ und erklärt darin kenntnisreich die Institutionen und Politik der Europäischen Union.

@ http://palaistalks.eu/de/
Europasplitter



Minderheitenzeitungs-Chefs nehmen ihre Partner von der Mehrheit in die Mitte: (von links) Jörgen Møllekaer, Stefan Kläsener und Peter Orry mit dem Otto-von-Habsburg-Preis sowie Gwynn Nissen.



Midas-Preisträger Gabriel Toggenburg und „Dolomiten“-Redakteur Hatto Schmidt.

Miteinander statt Gegeneinander

GENERALVERSAMMLUNG: Vereinigung europäischer Minderheiten-Tageszeitungen vergibt Otto-von-Habsburg- und Midas-Preis

FLENSBURG/FLENSBURG. Nicht nur grenzenlose, sondern schrankenlose Zusammenarbeit praktizieren 4 Tageszeitungen im deutsch-dänischen Grenzraum seit mehr als 5 Jahren. Den beiden in dänischer bzw. deutscher Sprache erscheinenden Mehrheitszeitungen wurde dafür am Freitagabend der Otto-von-Habsburg-Preis überreicht.

Jörgen Møllekaer, der Chefredakteur der in Flensburg erscheinenden Tageszeitung der dänischen Minderheit in Deutschland „Flensborg Avis“, schilderte in seiner Laudatio, welche schier unüberwindbar scheinenden Gräben er selbst in seiner Jugend noch zwischen Deutschen und Dänen im Grenzgebiet wahrgenommen hatte. „Mein Großvater war unter den Nazis ein Jahr lang im KZ Sachsenhausen. Meine

Großmutter konnte nie mehr Vertrauen zu den Deutschen fassen“, schilderte Møllekaer.

Alte Vorurteile und neue Zusammenarbeit

Alte Vorurteile standen der Annäherung noch lange im Weg. Doch vor 10 Jahren begannen Gespräche unter den 4 Zeitungen. Mit einem gemeinsamen samstäglichen Überblick über kulturelle Aktivitäten im Grenzraum begann es, 2013 wurde die Zusammenarbeit besiegelt, die nun mit dem Otto-von-Habsburg-Preis ausgezeichnet wurde: Jede der 4 Zeitungen kann nach Belieben im Redaktionssystem der anderen nach Artikeln suchen, die sie für interessant für die eigenen Leser hält, und diese ohne Einschränkung und vorherige Absprache verwenden.

„Die Leser wollen einfach mehr Wissen über das Geschehen auf der anderen Seite der Grenze, und dabei hilft uns die

Unterstützung der beiden großen Zeitungen in der Mehrheitsprache sehr“, sagte Møllekaer. Und ab und zu tue auch ein Perspektivenwechsel gut.

„Das Beste, was Europa zu bieten hat“

Severin Meister, ein Enkel Ottos von Habsburg, überreichte den beiden Vertretern der Mehrheitszeitungen Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag („Flensburger Tageblatt“) und „JyskeVestkysten“ den Otto-von-Habsburg-Preis. Er lobte die Zusammenarbeit als beispielgebend und sagte, die Midas zeige das Beste, was Europa zu bieten habe: Hier werde Europa von unten nach oben gelebt.

Peter Orry, der Chefredakteur von „JyskeVestkysten“, bezeichnete Vertrauen und Zusammenarbeit als wichtigste Pfeiler des Zusammenlebens in einer Grenzregion. „Das hatten wir 200 Jahre lang nicht“, sagte Orry. Die Zei-

tungen hätten einst ihren Beitrag geleistet zu den Differenzen. 2013 sei dann die Zeit endlich reif gewesen, einen neuen Weg einzuschlagen.

SHZ-Chefredakteur Stefan Kläsener sagte, in der Vergangenheit sei die Stimme des Nachbarn oft nicht angehört worden, vor allem von deutscher Seite. Dies sei aber wichtig: Der dänische Blick auf Europa sei ein ganz anderer als der deutsche, denn in Dänemark setze man nicht auf den Nationalstaat, sondern auf das Subsidiaritätsprinzip.

„Europa in den Genen“

Mit dem Midas-Preis für journalistische Arbeit in Minderheitenzeitungen zeichnete Midas-Präsidentin Edita Slezakova Gabriel Toggenburg aus. Der Preisträger mit Bozner Wurzeln trage Europa sprichwörtlich schon in seiner DNA, sagte „Dolomiten“-Minderheitenexperte Hatto Schmidt in seiner Laudatio: „Aus

einer alten Schweizer Familie stammend, die dann österreichische und Südtiroler Geschichte mitgeschrieben hat, mit einer englischen Großmutter und einem russischen Vater waren und sind für ihn Grenzen und nationale Zuordnung sehr relativ und in ihrer historischen Bedeutung eingebettet.“

Den „Dolomiten“-Lesern ist Toggenburg als Autor der alle 2 Wochen auf Seite 3 erscheinenden „Europa-Splitter“ bekannt. „Sie zielen darauf ab, die regionale Lücke bei der Bereitstellung von EU-Information zu schließen und Experteninformationen in verständlicher Sprache zur Verfügung zu stellen. Toggenburg ist seit jeher auch ein wichtiger Ansprechpartner und Gutachter für Themen zur EU und zu Minderheiten für die ‚Dolomiten‘ und für die ganze Midas“, sagte Schmidt.

© Alle Rechte vorbehalten



EU-Wahl: Noch keine groß angelegten Manipulationsversuche

BRÜSSEL (APA/AFP). Der EU sind zur EU-Wahl noch keine groß angelegten Beeinflussungs- oder Manipulationsversuche gemeldet worden. In einem seit Mitte März genutzten Frühwarnsystem der Mitgliedstaaten und EU-Institutionen sei bisher kein europaweiter „Alarm“ ausgelöst worden, sagte ein Sprecher der EU-Kommission. Die „heiße Phase“ mit Blick auf die EU-Wahl vom 23. bis 26. Mai stehe allerdings noch bevor. Die

EU sei deshalb jetzt „besonders wachsam“. Seit 2015 hat die EU eine eigene Einheit, die Fälle von Desinformation sammelt und analysiert. Die „East Stratcom Task Force“ des Auswärtigen Dienstes der EU hat laut EU-Kommission bisher über 5000 Beispiele für Desinformation im Sinne des Kremls gesammelt. Jede Woche kämen über 50 neue hinzu. Die Fälle werden auf einer Website der EU-Arbeitsgruppe veröffentlicht.

Jugend in der EU ist pro-europäischer als die Älteren

WIEN (APA). Europas „Junge“ im Alter von 14 bis 24 Jahren sind zwar pro-europäischer eingestellt als die Älteren (25 bis 50), beteiligen sich aber weniger an den EU-Wahlen. Das ist ein Ergebnis einer Umfrage im Rahmen eines EU-Projektes. Die Umfrage unter 12.000 Personen in Deutschland, Österreich, Belgien, Dänemark, Spanien, Frankreich, Griechenland, Irland, Tschechien, Italien, Polen, Portugal und im Frühjahr 2018 wurde mit besonderem Blick auf 14- bis 24-Jährige durchgeführt. Allerdings ist diese Gruppe vom politischen Parteiensystem weiter entfernt als die Gruppe der Älteren. Wenn die „Jungen“ zur Wahlurne gehen, dann wählen sie polarisierter. Die jungen Wähler mit einem geringeren



formalen Bildungsabschluss wählen eher rechtspopulistische Parteien, die für einen Rückzug auf den Nationalstaat plädierten. Junge Wähler mit einem höheren formalen Bildungsabschluss – einer Matura oder einem Studium – tendierten zu Parteien oder politischen Bewegungen, die progressive Vorstellungen haben, was die Zukunft der EU betrifft.

In welche Richtung entwickelt sich die EU?

ZUKUNFT: Seit Jahren befindet sich die EU im Ausnahmezustand – Mehrere Reformansätze sollen dies ändern

BRÜSSEL (APA/dpa). Eurokrise, Flüchtlingskrise, der Aufstieg nationalistischer Parteien in zahlreichen Mitgliedstaaten und nicht zuletzt der Brexit – seit Jahren befindet sich die EU mehr oder weniger dauerhaft im Ausnahmezustand. Grund genug für die Staatengemeinschaft, sich Gedanken über die Zukunft und über verschiedene Reformansätze zu machen. Ein Überblick:

Das Weißbuch der EU-Kommission

Unter dem unmittelbaren Eindruck des britischen Volksentscheids für einen Austritt aus der EU legte Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker Anfang März 2017 fünf mögliche Szenarien für die Zukunft der EU nach einem Brexit vor. Neben einem „Weiter so wie bisher“, das keine gravierenden Änderungen vorsieht, hält er auch einen reinen Binnenmarkt für denkbar, bei dem zentrale politische und gesellschaftliche Aspekte der EU zurückgefahren würden. Das dritte Szenario mit dem Titel „Wer mehr will, tut mehr“ sieht eine engere Kooperation einzelner Staaten in bestimmten Politikfeldern vor und damit ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“. Unter dem Motto „Weniger, aber effizienter“ würde sich die EU auf bestimmte Politikfelder konzentrieren, diese dann aber entscheidend mitbestimmen. Im fünften Szenario



Was wollen die Europäer?

würden die einzelnen EU-Staaten gemäß dem Titel „Viel mehr gemeinsames Handeln“ mehr Befugnisse an die EU abtreten.

Die „Vereinigten Staaten von Europa“

Bereits im Februar 2017 hatte das

Europäische Parlament 3 Entschlüsse zur Zukunft der EU verabschiedet. Diese enthalten teils radikale Änderungsvorschläge für die EU selbst, die ihr zugrundeliegenden Verträge sowie für die Eurozone.

So stellte der ehemalige belgische Premierminister und Vorsitzende der liberalen ALDE-Fraktion im EU-Parlament, Guy Verhofstadt, Pläne für die „Vereinigten Staaten von Europa“ vor; u.a. will er die EU-Kommission deutlich verkleinern und zu einer Art Regierung der Union umfunktionieren. Daneben fordert er eine zweite Parlamentskammer mit Vertretern der Mitgliedsländer anstelle diverser Räte sowie eine Stärkung der gemeinsamen Außenpolitik. Zur Umsetzung bedürfte es einer Änderung der EU-Verträge. Ohne eine solche kämen dagegen die Vorschläge des deutschen Europa-Abgeordneten Elmar Brok aus: Auch er will den Rat in eine „wirkliche Gesetzgebungskammer“ umwandeln und auch er will einen „EU-Finanzminister“. Der dritte Bericht des Parlaments entwickelt Pläne für eine Stärkung der Eurozone. Ziel ist eine Angleichung der Euro-Ökonomien aneinander und ein verbesserter Schutz gegen Schocks von außen. Dafür werden unter anderem eine „Fiskalkapazität“ mit eigenem Haushalt, ein Europäischer Währungsfonds und ein „Konvergenzkodex“ vorgeschlagen.

Die Mitgliedstaaten

Zuletzt plädierte Anfang März 2019 Emmanuel Macron für umfassende Reformen in der EU. Neben einem EU-weiten Mindestlohn, besserem Grenzschutz und einer europäischen Asylbehörde forderte der französische Präsident eine Agentur zum Schutz der Demokratie, ein Verbot der Finanzierung europäischer Parteien durch „fremde Mächte“, einen strengeren Umgang mit Unternehmen, die sich nicht an EU-Regeln halten sowie eine europäische Klimabank. Kanzlerin Angela Merkel reagierte eher zurückhaltend auf den Vorstoß. Sie hatte in der Vergangenheit für ein „Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten“ und eine Entschlackung der vielen Regeln des Binnenmarkts geworben, eine Linie, die unter anderem auch von den Benelux-Staaten unterstützt wird. Es gibt aber auch radikalere Ansätze. Das kleine Slowenien zum Beispiel hat einen kompletten „Entwurf einer EU-Verfassung“ vorgelegt.

© Alle Rechte vorbehalten

